



HESSISCHER LANDTAG

15. 09. 2015

Plenum

Antrag der Fraktion der FDP

betreffend Schuljahr beginnt mit Eröffnung des Steinbruchs "Gymnasiale Bildung und Grundschulen" - Bildung muss in Hessen wieder Priorität haben

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag kritisiert, dass der Start in das neue Schuljahr erstmals seit mehreren Jahren mit deutlichen Stellenkürzungen zulasten insbesondere der gymnasialen Bildung sowie der Grundschulen einhergeht.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Proteste von Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern sowie der Eltern ernst zu nehmen und die Ankündigung einer weiteren Reduzierung des Oberstufenfaktors sofort zurückzunehmen.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, bei der Zuweisung der Lehrerstellen für die Grundschulen, die gymnasialen Oberstufen, die Abendgymnasien und Hessenkollegs sowie die beruflichen Gymnasien unverzüglich, spätestens aber im nächsten Schuljahr wieder zum bisher geltenden Faktor bzw. zur bisher geltenden Zulage zum Grundunterricht zurückzukehren.
4. Der Landtag kritisiert, dass den weitaus meisten über 18-Jährigen jugendlichen Flüchtlingen die Teilnahme am Programm "Integration und Ausbildung (InteA)" verweigert wird. Er fordert die Landesregierung auf, nach dem Vorbild Bayerns jungen Flüchtlingen im Alter über 18 den Besuch der Berufsschule zu ermöglichen, durch den sie in zwei Jahren den qualifizierten Hauptschulabschluss erwerben können.
5. Der Landtag erkennt an, dass durch den starken Anstieg der Flüchtlingszahlen eine Situation entstanden ist, die das hessische Schulsystem mit seiner momentanen Ausstattung an Mitteln und Personal nicht ohne Weiteres bewältigen kann. Der Landtag unterstützt deshalb ausdrücklich alle Bemühungen für eine baldige und substanzielle Beteiligung des Bundes an den in den Ländern und Kommunen dafür entstehenden Kosten. Von allen bisher und künftig zugesagten zusätzlichen Finanzaufweisungen des Bundes muss ein angemessener Teil von mindestens 10 % in die verbesserte Deutschförderung und Ausbildung von Flüchtlingen fließen.
6. Der Landtag stellt in diesem Zusammenhang fest, dass unabhängig von der Flüchtlingsproblematik die Bildungsausgaben in Deutschland im internationalen Vergleich niedrig sind. Er spricht sich deshalb dafür aus, auf allen Ebenen stärker Prioritäten zugunsten von Bildungsfinanzierung zu setzen.

Wiesbaden, 16. September 2015

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Rock